

Pressemitteilung

Zehnter Monat in Folge mit zweistelligem Rückgang Wohnungsbaugenehmigungen rauschen ab, Politik muss liefern

36/23

Berlin, 18.09.2023

„Der freie Fall bei den Wohnungsbaugenehmigungen geht ungebremst weiter. Wenn die Bundesregierung beim Wohnungsgipfel im Kanzleramt nächste Woche Montag nicht entschlossen das Ruder herumwirft, wird die Wohnungsnot in Deutschland zementiert.“ Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Tim-Oliver Müller die Zahlen, die das Statistische Bundesamt heute bekanntgegeben hat. „Der zehnte aufeinanderfolgende Monat mit einem zweistelligen Genehmigungsrückgang, das ist ein trauriger Rekord“, so Müller.

Im Juli sei die Zahl der genehmigten Wohnungen (Neu- und Umbau) gegenüber dem Vorjahresmonat um 31,5 Prozent zurückgegangen, bei neuen Mehrfamilienhäusern um 31,2 Prozent. „Immer mehr Menschen müssen sich vom Wunsch nach den eigenen vier Wänden verabschieden. Allein im Juli sind 45,7 Prozent weniger neue Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt worden als im Vorjahr“, ergänzt Müller. Insgesamt habe in den ersten sieben Monaten 2023 die Zahl aller Genehmigungen mit 156.200 um 27,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau gelegen. Dies sei das schwächste Ergebnis seit zehn Jahren.

Müller sieht nun die Politik in der Pflicht. „Auf dem Wohnungsgipfel mit dem Bundeskanzler am 25. September muss ein Bau-Paket vorgelegt werden, das alle Aspekte umfasst, mit denen der vollkommen zum Erliegen gekommene Wohnungsneubau wieder in die Spur gebracht werden kann“. Dazu gehören:

- die massive Ausweitung des Zinsverbilligungsprogramms der KfW,
- die vergünstigte Abgabe öffentlicher Grundstücke für den Mietwohnungsmarkt,
- die Absenkung der Grunderwerbssteuer,
- ein Sondervermögen zur Unterstützung öffentlicher Wohnungsgesellschaften,
- eigenkapitalunterstützende Darlehen und
- die Aussetzung des EH40-Standards bei öffentlichen Förderprogrammen.

Auch im Nichtwohnungsbau stünden die Ampeln auf Rot. Das Volumen der Neubaugenehmigungen (Baukosten) sei von Januar bis Juli real um mehr 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. „Langsam wird auch hier die Luft dünn. Den Bauunternehmen geht bald die Arbeit aus, während der Bedarf in allen Bereichen hoch ist. Eine schier paradoxe Situation“, so Müller.

Alle Angaben und Berechnungen beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes.